

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundeskinderschutzgesetz



Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen

Dr. Heike Schmid-Ötlikirchner

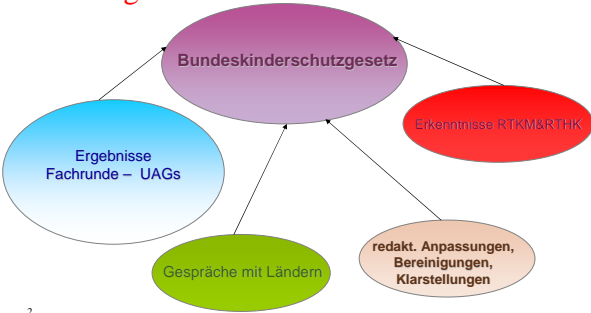
Stand: 09.11.2011

1

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kinder und Jugend

Grundlagen



```

    graph TD
      BKSG(Bundeskinderschutzgesetz) --- ERG(Ergebnisse Fachrunde – UAGs)
      BKSG --- ERK(Erkenntnisse RTKM&RTHK)
      BKSG --- GML(Gespräche mit Ländern)
      BKSG --- RA(redakt. Anpassungen, Bereinigungen, Klarstellungen)
  
```

2

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kinder und Jugend

Zielperspektiven

- Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke
- Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit
- Aktiver Kinderschutz durch verbindliche Standards
- Aktiver Kinderschutz durch belastbare Daten

3

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kinder und Jugend

Umsetzung I: Regelungsbereiche

- Frühe Hilfen
 - Strukturelle Vernetzung auf örtlicher Ebene
- Kooperation im Einzelfall
 - Qualifizierung des Schutzauftrags (individuell u. strukturell)
- Kontinuierliche Qualitätsentwicklung
- Erweiterung der statistischen Datenbasis

4

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kinder und Jugend

Umsetzung II: Artikelgesetz

Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen – Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG)

1. (Neues) Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
2. Änderungen im SGB VIII
3. Änderungen in anderen Gesetzen

5

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke

„Frühe Hilfen“ im SGB VIII:

Aufnahme einer Soll-Verpflichtung zur **Bereitstellung eines Angebots Früher Hilfen** in § 16 SGB VIII

6

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke

„Frühe Hilfen“ in anderen Gesetzen:

- **Frühe Hilfen** als ein wesentliches Unterstützungselement für Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung durch die staatliche Gemeinschaft in § 1 Abs. 4 KKG
- **Informationspflicht** ggü. (werdenden) Eltern im Hinblick auf das örtliche Leistungsangebot in § 2 KKG

7

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke



1. Strukturelle Vernetzung im SGB VIII:

Weitere **Kooperationspartner des Jugendamtes** in § 81 SGB VIII
Familien-, Jugendgerichte, Staatsanwaltschaft, Schwangerschaftsberatungsstellen, Suchtberatungsstellen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Frauenhäuser

2. Strukturelle Vernetzung in anderen Gesetzen:

- Regelung von **Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen** in den Ländern in § 3 KKG
- Aufnahme einer Vorschrift zur **strukturellen Kooperation im Schwangerschaftskonfliktgesetz**

8



  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke

Bundesinitiative „Familienhebammen“ (§ 3 Abs. 4 KKG):

- 2012 bis 2015 jährlich 30 Mio. Euro
- Kooperationsvereinbarung zwischen Bund und Ländern
- Zwischenbericht nach 2 Jahren
- Gespräche zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die Nachhaltigkeit im 3. Jahr

9

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

1. Stärkung der Kooperation im Einzelfall im SGB VIII:

- Verpflichtung zur Übermittlung notwendiger Informationen beim **Wohnortwechsel** der Familie vom bislang zuständigen Jugendamt an das neu zuständige Jugendamt in § 86c SGB VIII
- Verpflichtung des örtl. Trägers zur Übermittlung notwendiger Informationen bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine **Kindeswohlgefährdung** an das zuständige Jugendamt in § 8a SGB VIII

10

  Kinder und Jugend



Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

2. Stärkung der Kooperation im Einzelfall im KKG:

Befugnisnorm für Berufsheimnisträger (§ 4 KKG)

- **Konzentration auf Berufsgruppen**, die in einem direkten Kontakt zu Kindern/Jugendlichen stehen und grds. zur Erörterung der einschlägigen Problemlagen mit den Eltern befähigt sind – Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten und Sozialpädagogen/ Sozialarbeitern
- **Verpflichtung zur Beratung** von Eltern, Kindern/Jugendlichen bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung
- Anspruch des Geheimnisträgers auf **Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft**
- **Befugnis zur Datenweitergabe** an das Jugendamt, wenn ein Tätigwerden für erforderlich erachtet wird.

11

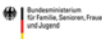

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

3. Qualifizierung des Schutzauftrags auf individueller Ebene:

- Klarstellende Regelung zum **Beratungsanspruchs von Kindern und Jugendlichen** in Not- und Krisensituationen (§ 8 Abs. 3 SGB VIII)
- Pflicht zum **Hausbesuch bei Erforderlichkeit** nach fachlicher Einschätzung im Einzelfall (§ 8a SGB VIII)
- Klarstellung des **spezifischen Schutzauftrags freier Träger**
- Präzisierung der „**insoweit erfahrene Fachkraft**“ (§ 8a Abs. 4 SGB VIII)

12


  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

3. Qualifizierung des Schutzauftrags auf individueller Ebene:

- Anspruch auf **Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft** im Einzelfall für alle Personen, die beruflich in Kontakt zu Kindern und Jugendlichen stehen (§ 8b Abs. 1 SGB VIII)
- Explizite Einbeziehung von Rehrägern und Leistungserbringern in der **Behindertenhilfe** in den Schutzauftrag (§ 21 Abs. 1 Nr. 7 SGB IX)

13

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

4. Qualifizierung des Schutzauftrags auf struktureller Ebene:

Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen

- Verpflichtung zur Vorlage **erweiterter Führungszeugnisse** für hauptamtlich Beschäftigte (§ 72a Abs. 1 und 2 SGB VIII)
- Verpflichtung zum Abschluss von **Vereinbarungen** mit freien Trägern zur Regelung der Vorlage erweiterte Führungszeugnisse durch **Ehrenamtliche** (§ 72a Abs. 3 und 4 SGB VIII)

14

  Kinder und Jugend



Aktiver Kinderschutz durch Handlungs- und Rechtssicherheit

4. Qualifizierung des Schutzauftrags auf struktureller Ebene:

Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

- Implementation von **Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren** als Mindestvoraussetzung für die Erteilung einer **Betriebserlaubnis** (§ 45 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 SGB VIII)
- Nachweis der Vorlage und Prüfung **aufgabenspezifischer Ausbildungsnachweise und erweiterter Führungszeugnisse** im Hinblick auf die Eignung des Personals als Voraussetzung für die Erteilung einer **Betriebserlaubnis** (§ 45 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII)
- Anspruch auf allgemeine **fachliche Begleitung in Kinderschutzfragen** für Einrichtungen ggü. dem überörtl. Träger der Jugendhilfe (§ 8b Abs. 2 SGB VIII)

15

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch verbindliche Standards

Erweiterung der Qualitätsentwicklung im SGB VIII

- Kontinuierliche Qualitätsentwicklung als Teil der **Gewährleistungspflicht** des öffentlichen Trägers (§ 79 SGB VIII)
- Verpflichtung des öffentlichen Trägers zur **Entwicklung, Anwendung und Überprüfung** von Qualitätsmerkmalen, Prüfungsmaßstäben und Sicherungsinstrumenten in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen (§ 79a Abs. 1 SGB VIII neu)

16



  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch verbindliche Standards

Erweiterung der Qualitätsentwicklung im SGB VIII:

- Abschluss von **Vereinbarungen mit freien Trägern** über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung (§ 79a SGB VIII neu)
- **Anknüpfung der Finanzierung** freier Träger an eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung (§ 74 SGB VIII)
- Anknüpfung der **Betriebserlaubnis** an die Vorlage von Konzepten zur Qualitätsentwicklung und -sicherung (§ 45 SGB VIII)

17

  Kinder und Jugend

Aktiver Kinderschutz durch belastbare statistische Daten

Erweiterung der Datenbasis zum Kinderschutz in der Kinder- und Jugendhilfestatistik

- Aufnahme von Erhebungsmerkmalen zu Wahrnehmung des Schutzauftrags durch die Jugendämter im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik („§ 8a-Statistik“)

18



Umsetzung III: Zeitplan

16.03.2011	Kabinettbefassung
05.05.2011	Sitzung des Unterausschusses 1/11 „Bundeskinderschutzgesetz“ des BR-A-FJ
11./12.05.2011	BR-Ausschusssitzungen
27.05.2011	1. Durchgang Bundesrat
08.06.2011	Kabinettvorlage Gegenäußerung bei L1
14.06.2010, 10 Uhr	Zuleitung der Kabinettvorlage Gegenäußerung an BK
22.06.2011	Gegenäußerung Kabinettbefassung
30.06.2011	1. Lesung Bundestag
06.07.2011	Anberatung Ausschuss (Beschluss einer Anhörung)
26.09.2011	Anhörung im Ausschuss
26.10.2011	Schlussberatung im Ausschuss
28.10.2011	2./3. Lesung Bundestag
25.11.2011	2. Durchgang Bundesrat
Dez. 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt
01.01.2012	Inkrafttreten

19



Umsetzung III: Verfahren – BT

Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen

Änderungen aus der Gegenäußerung der Bundesregierung

Weitere Änderungen, v.a.:

- Anknüpfung an bestehende Qualitätsmerkmale und Qualitätssicherungsinstrumente in § 79a SGB VIII-E
- Rücknahme der Aufhebung der Sonderzuständigkeit bei Dauerpflegeverhältnissen, § 86 Abs. 6 SGB VIII-E
- Evaluation

Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen

Erprobung verschiedener Modelle

Zielsetzung: Erkenntnisse zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf v.a. bzgl. Verschränkung von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen

Weiterführende Perspektive durch Gespräche im 3. Jahr (Nachhaltigkeit und notwendige Änderungen der Bundesinitiative)

20



Umsetzung III: Verfahren – BR

BR-A-FJ: Empfehlung der Anrufung des Vermittlungsausschusses

Antrag Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, Brandenburg

Annahme 10 : 6 : 0

Nein: Bayern, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein

Forderungen:

- Verlängerung des Behandlungszeitraums von Hebammen auf 6 Monate
- dauerhafte Absicherung der psychosozialen Unterstützung durch Hebammen/Familienhebammen durch den Bund
- GKV-Zuschuss zu regionalen Netzwerken
- Beschränkung der Vorgaben in § 79a SGB VIII
- Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen durch den Bund

21